

Grundeinkommen ist wählbar

Anlässlich der Nationalratswahl 2013 [fragte](#) der Runde Tisch Grundeinkommen die kandidierenden Parteien um ihre offiziellen Stellungnahmen zum Grundeinkommen.

Die Tabelle gibt einen schnellen Überblick darüber, wie die einzelnen Parteien sowohl zum bedingungslosen Grundeinkommen als auch zur Europäischen BürgerInnen-Initiative Bedingungsloses Grundeinkommen stehen.

Die kurzen Ja/Nein-Antworten und die Parteien in der Tabelle sind mit den vollständigen Antworten und erklärenden Bemerkungen weiter unten verlinkt. Einfach anklicken!

Überblickstabelle

<u>PIRAT</u>	<u>KPÖ</u>	<u>WANDL</u>	<u>GRÜNE</u>	<u>NEOS</u>	<u>SLP</u>	<u>SPÖ</u>	<u>ÖVP</u>	<u>FRANK</u>	<u>BZÖ</u>	<u>FPÖ</u>	<u>M</u>	<u>CPÖ</u>
Grundeinkommen ist wählbar												
Tritt Ihre Partei für ein bedingungsloses Grundeinkommen entsprechend der folgenden vier Kriterien ein? Das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) ist universell, individuell, bedingungslos und hoch genug, um eine Existenz in Würde und die gesellschaftliche Teilhabe sicherzustellen. Es ersetzt nicht den Wohlfahrtsstaat, sondern ergänzt und transformiert ihn von einem kompensatorischen zu einem emanzipatorischen Wohlfahrtsstaat.												
Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein
Europa bedingungslos sozial												
Gegenstand der laufenden Europäischen BürgerInnen-Initiative Bedingungsloses Grundeinkommen (EBI BGE) ist die Untersuchung des Grundeinkommens als Weg zu emanzipatorischen sozialstaatlichen Rahmenbedingungen in Europa. Empfiehlt Ihre Partei ihren WählerInnen, die EBI BGE mit einer Unterschrift zu unterstützen?												
Ja	Ja	Ja	Jein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein

Unsere Anfrage

[Zurück zur Überblickstabelle](#)

An Partei:

Sehr geehrte Damen und Herren,

aus zahlreichen Gesprächen mit Menschen aller Bevölkerungsgruppen wissen wir, dass das Interesse am bedingungslosen Grundeinkommen größer wird und die Zahl der BefürworterInnen wächst.

Im Hinblick auf die Wahlen und die Europäische BürgerInnen-Initiative Bedingungsloses Grundeinkommen möchten wir daher veröffentlichen, wie Ihre Partei zu diesem Thema steht:

GRUNDEINKOMMEN IST WÄHLBAR

Frage 1:

Tritt Ihre Partei für ein bedingungsloses Grundeinkommen entsprechend der folgenden vier Kriterien ein?

Das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) ist universell, individuell, bedingungslos und hoch genug, um eine Existenz in Würde und die gesellschaftliche Teilhabe sicherzustellen. Es ersetzt nicht den Wohlfahrtsstaat, sondern ergänzt und transformiert ihn von einem kompensatorischen zu einem emanzipatorischen Wohlfahrtsstaat.

EUROPÄISCHE BÜRGERINNEN-INITIATIVEN

Frage 2:

Befürwortet Ihre Partei Europäische BürgerInnen-Initiativen (EBIs) als ein Instrument der BürgerInnen-Partizipation?

Frage 3:

Wenn ja, wie unterstützt Ihre Partei EBIs unabhängig vom Thema (und damit die europäische Demokratie), um diese Initiativen sichtbar zu machen und die Partizipation der BürgerInnen zu ermöglichen?

EUROPA BEDINGUNGSLOS SOZIAL

Gegenstand der laufenden Europäischen BürgerInnen-Initiative Bedingungsloses Grundeinkommen (EBI BGE) ist die Untersuchung des Grundeinkommens als Weg zu emanzipatorischen sozialstaatlichen Rahmenbedingungen in Europa.

Frage 4:

Ist Ihre Partei der Meinung, dass das bedingungslose Grundeinkommen – wie in der EBI BGE vorgeschlagen – auf europäischer Ebene genauer untersucht werden und in diesem Sinn die EU-Kommission tätig werden soll?

Frage 5:

Empfiehlt Ihre Partei ihren WählerInnen, die EBI BGE mit einer Unterschrift zu unterstützen?

Ihre Rückmeldung erbitten wir bis spätestens 29. August 2013 an info@pro-grundeinkommen.at.
Vielen Dank im Voraus für die Beantwortung dieser Fragen!

Mit freundlichen Grüßen
Runder Tisch Grundeinkommen

[Zurück zur Überblickstabelle](#)

Piratenpartei (PIRAT)

[Zurück zur Überblickstabelle](#)

Grundeinkommen ist wählbar
Frage 1: Tritt Ihre Partei für ein bedingungsloses Grundeinkommen ein?
PIRAT: Ja. Dies ist eine unserer Kernforderungen: Wir halten die Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens für eine Voraussetzung für die freie und mündige Teilhabe aller an der Gesellschaft.
Europäische BürgerInnen-Initiativen
Frage 2: Befürwortet Ihre Partei Europäische BürgerInnen-Initiativen (EBIs)?
PIRAT: Wir halten EBIn leider für vollkommen unzureichende Mittel der politischen Beteiligung. Wir treten für den weiteren Ausbau der Möglichkeiten zur politischen Partizipation ein, wollen hier aber starke, direktdemokratische Instrumente etablieren statt zahlloser, unverbindlicher (wie Volksbegehren oder EBIn es leider sind).
Frage 3: Wenn ja, wie unterstützt Ihre Partei EBIs unabhängig vom Thema?
PIRAT: Wir versuchen, die Themen an die Bürgerinnen und Bürger heranzuführen. Mitbestimmung erfordert das Vorhandensein von Information. Die Piratenpartei Österreichs unterstützt den uneingeschränkten Zugang zu Information und Wissen, und wir betrachten uns auch als Ansprechpartner für EBIn und Interessensgruppen, denen die Freiheit und Selbstbestimmtheit der Bürger ein Anliegen ist.

Europa bedingungslos sozial

Frage 4: Ist Ihre Partei der Meinung, dass das bedingungslose Grundeinkommen auf europäischer Ebene genauer untersucht werden und in diesem Sinn die EU-Kommission tätig werden soll?

PIRAT:

Ja. Die Forderungen der EBI decken sich mit unserem Parteiprogramm. Wir begrüßen jede Maßnahme, die eine möglichst breite gesellschaftliche Diskussion über das bedingungslose Grundeinkommen auslöst und fördert.

Frage 5: Empfiehlt Ihre Partei ihren WählerInnen, die EBI BGE mit einer Unterschrift zu unterstützen?

PIRAT:

Ja. Wir sehen uns als Multiplikatoren, um das Anliegen der EBI BGE weiter zu unseren Mitgliedern und Wählerinnen und Wählern zu tragen (z. B. durch das Verbreiten von Petitionen). Wir wollen das Thema BGE insgesamt in das Bewusstsein der gesamten Bevölkerung rücken, indem wir darüber Aufklärungsarbeit leisten.

[Zurück zur Überblickstabelle](#)

Kommunistische Partei (KPÖ)

[Zurück zur Überblickstabelle](#)

Grundeinkommen ist wählbar

Frage 1: Tritt Ihre Partei für ein bedingungsloses Grundeinkommen ein?

KPÖ:

Die Delegierten der Wiener Landeskonferenz der KPÖ haben im November 2012 einstimmig die Forderung nach einem BGE beschlossen. "Ein Grundeinkommen ist eine Gegenposition zur Politik von Sozialabbau, Privatisierung und dem Dogma der Selbstregelung durch den Markt. Das BGE ist ein Wegweiser für unsere Politik, die sich in einem Netz möglichst bedingungsloser Unterstützungen (Mindestpension, Kindergrundeinkommen, Bildungsgeld,..) und Zugang zu Infrastruktur (Energiegrundsicherung, Freifahrt, Bildung,..) ausdrücken kann. Es verdeutlicht unsere Haltung zu Grundrechten, Vergesellschaftung und Eigentum. Das BGE macht greifbar, macht berechenbar, was der Reichtum bedeutet, von dem wir sprechen. Das bedingungslose Grundeinkommen steht für einige grundlegende Prinzipien am Weg in eine solidarische Gesellschaft, für Haltungen und Kritik gegenüber dem herrschenden (kapitalistischen) Sozialstaat und auch unsere eigene Geschichte der Erneuerung bleibt nicht unberührt. Das BGE ist unsere Forderung und unser Kommunikationsinstrument für Fragen der Umverteilung, solidarischer Gesellschaft und repressionsloser sozialer Sicherheit. Ohne Teilhabesicherung und Inklusion Aller ist keine solidarische Gesellschaft zu machen!"

Bereits 2007 beschloss die KPÖ bundesweit, sich intensiv mit dem bedingungslosen Grundeinkommen zu beschäftigen. In einer sehr ausführlichen Stellungnahme widmeten wir uns den vier Kriterien und der Forderung nach einem Grundeinkommen im Zusammenhang mit Sozialabbau, Arbeitszwang und unseren Vorstellungen von Umverteilung: "Das wesentliche Motiv für ein Grundeinkommen ist, allen Menschen die Chance auf ein menschenwürdiges Leben und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu verschaffen, unabhängig vom der Notwendigkeit über eine traditionelle Einkommensquelle durch Lohnarbeit zu verfügen. Damit stellt ein Grundeinkommen auch eine Maßnahme gegen die zunehmende Armut dar und ist eine adäquate Antwort auf die

wachsende Prekarisierung. Denn wir leiden nicht unbedingt an Flexibilisierung oder Reduzierung von Arbeitszeit(en), sondern an den herrschenden Rahmenbedingungen. Diese zu verändern, hat das bedingungslose Grundeinkommen bestechendes Potenzial. (...)"

(<http://www.kpoe.at/home/positionen/programmatische-kpoe/anzeige-dokumentation/datum/2007/12/10/beschluss-zur-diskussion-ueber-ein-bedingungsloses-grundeinkommen.html>)

In einigen Bundesländern gibt es AktivistInnen, die sich für ein bedingungsloses Grundeinkommen engagieren und die sehr spannenden Diskussionen in der KPÖ vorantreiben. Teil unserer Politik für bedingungslose soziale, gesellschaftliche Teilhabe sind auch die Forderungen nach 'Freifahrt im öffentlichen Verkehr' und einer 'kostenlosen Energiegrundsicherung für alle Haushalte'!

Nachfrage RTG:

Während also das BGE eine Forderung der KPÖ Wien ist, gibt es bundesweit noch keinen Konsens über die Forderung nach einem BGE in der KPÖ, obwohl es eine Auseinandersetzung damit gibt? Wie sieht es mit den anderen Landesorganisationen aus?

KPÖ:

Ja, korrekterweise muss formuliert werden, dass es bundesweit noch keinen Beschluss zu dieser Forderung gibt.

Wenn inhaltliche Anträge formuliert werden, diskutieren und entscheiden die KPÖ-Mitglieder oder Delegierte gemeinsam auf Landeskonferenzen (mindestens einmal in drei Jahren) und bundesweit auf Parteitag (alle 2 Jahre). In vielen Bundesländern neben Wien wird das BGE von der Mehrheit der AktivistInnen vertreten, und auch im Wahlkampf der KPÖ wird die Forderung nach einem BGE in Wien oder von den KandidatInnen vertreten. Es gibt jedoch auch KritikerInnen. Auf unserem nächsten Parteitag Anfang 2014 wird sicherlich ein Antrag zum BGE vorliegen und somit auch bundesweit eine Beschluss gefasst. Aller Voraussicht nach wird diese Entscheidung pro BGE ausgehen. Es ist uns jedoch auch wichtig, dass auch ZweiflerInnen oder KritikerInnen ihre Positionen in der politischen Öffentlichkeit darlegen können, da wir für eine Kultur des Pluralismus und offenen Meinungsstreits in unserer Partei gekämpft haben und diese Vielfalt ein wichtiges Gut unserer AktivistInnenpartei ist.

Europäische BürgerInnen-Initiativen

Frage 2: Befürwortet Ihre Partei Europäische BürgerInnen-Initiativen (EBIs)?

KPÖ:

Grundsätzlich befürwortet die KPÖ das Instrument einer Europäischen Bürger_inneninitiative (EBI) als Bereicherung demokratischer Einflussnahme auf EU-Ebene. In ihrer jetzigen Form wird die EBI allerdings diesem Anspruch dem nicht gerecht. Dabei ist weniger die Befristung auf zwölf Monate und die Hürde von einer Million Unterstützer_innen ein Hindernis, sondern dass diese nach einem nationalen Schlüssel (750 Unterstützungserklärungen pro EU-Abgeordnete) in mindestens sieben EU-Ländern aufgebracht werden müssen und in Österreich zwingend eine Personalausweisnummer angegeben werden muss. Hauptkritikpunkt ist aber, dass bestimmte wesentliche Themen welche die Grundlagen der EU-Verträge berühren von einer EBI ausgeschlossen und über den Inhalt ein Prüfungsverfahren durchgeführt wird. So wurde eine geplante EBI der Europäischen Linken zur Schaffung einer europäischen öffentlichen Bank, die auf eine soziale, ökologische und solidarische Entwicklung ausgerichtet nicht zugelassen. Ebenso wurde auch eine EBI für einen europaweiten Ausstieg aus der Atomkraft zurückgewiesen. Letztendlich entscheidet außerdem immer die EU-Kommission über den Umgang mit einer EBI, sodass diese nicht mehr als Appellcharakter hat und keine verbindliche Einflussnahme bedeutet.

Frage 3: Wenn ja, wie unterstützt Ihre Partei EBIs unabhängig vom Thema?

KPÖ:

Die Unterstützung einer EBI hängt ähnlich wie eine solche für ein Volksbegehren auf nationaler Ebene natürlich immer vom politischen Inhalt ab. Aus der generellen Befürwortung solcher Instrumente im Sinne direkter Demokratie kann keine generelle Unterstützung unabhängig vom Inhalt geschlossen werden. In diesem Sinne hat die KPÖ etwa die EBI für den Schutz des Wassers und für ein Grundeinkommen unterstützt.

Europa bedingungslos sozial

Frage 4: Ist Ihre Partei der Meinung, dass das bedingungslose Grundeinkommen auf europäischer Ebene genauer untersucht werden und in diesem Sinn die EU-Kommission tätig werden soll?

KPÖ:

Ja! Auch wenn wir uns von der EU-Kommission in ihrer derzeitigen verfasstheit nicht allzuviel erwarten - In einer von einem gnadenlosen Standortwettbewerb des Kapitals bestimmten globalisierten Welt werden einzelstaatliche Lösungen immer weniger möglich. So wie die Abwehr der Angriffe auf soziale Errungenschaften zunehmend eine verstärkte internationale Kooperation von Gewerkschaften, Sozialbewegungen und Linksparteien erfordert, ist auch die Durchsetzung sozialer Rechte wie eines Grundeinkommens in wachsendem Maße nur durch internationale Bewegung möglich.

Frage 5: Empfiehlt Ihre Partei ihren WählerInnen, die EBI BGE mit einer Unterschrift zu unterstützen?

KPÖ:

Ja! Nach unseren Möglichkeiten bewerben wir die EBI BGE bei Straßenaktionen und Festen. Am schönsten Fest Wiens, dem Volksstimmefest auf der Jesuitenwiese am 31.08.&01.09. wird es die Möglichkeit geben, die EBI zu unterzeichnen. Im Frühjahr dieses Jahres haben Wiener AktivistInnen ihre regelmäßigen Verteilaktionen dem Grundeinkommen und der EBI gewidmet.

Wir wünschen den AktivistInnen des Runden Tisch Grundeinkommen und der EBI viel Erfolg und viele viele Unterschriften! Die EBI hat der Diskussion um ein Grundeinkommen breitere Präsenz ermöglicht. Dank & Anerkennung allen internationalen AktivistInnen, die sich so erfolgreich durch den EU-Dschungel gekämpft haben!

[Zurück zur Überblickstabelle](#)

Der Wandel (WANDL)

[Zurück zur Überblickstabelle](#)

Grundeinkommen ist wählbar
Frage 1: Tritt Ihre Partei für ein bedingungsloses Grundeinkommen ein?
WANDL: Nein. Und auch wenn wir das BGE offiziell nicht unterstützen, ist uns der Diskurs darüber - und generell über die Zukunft der Arbeit - wichtig.
Europäische BürgerInnen-Initiativen
Frage 2: Befürwortet Ihre Partei Europäische BürgerInnen-Initiativen (EBIs)?
WANDL: Ja.
Frage 3: Wenn ja, wie unterstützt Ihre Partei EBIs unabhängig vom Thema?
-

Europa bedingungslos sozial

Frage 4: Ist Ihre Partei der Meinung, dass das bedingungslose Grundeinkommen auf europäischer Ebene genauer untersucht werden und in diesem Sinn die EU-Kommission tätig werden soll?

WANDL:

Ja.

Frage 5: Empfiehlt Ihre Partei ihren WählerInnen, die EBI BGE mit einer Unterschrift zu unterstützen?

WANDL:

Ja (auf Grund unserer Größe allerdings hauptsächlich in unseren internen Netzwerken)

[Zurück zur Überblickstabelle](#)

Die Grünen – Die Grüne Alternative (GRÜNE)

[Zurück zur Überblickstabelle](#)

Grundeinkommen ist wählbar
<p>Frage 1: Tritt Ihre Partei für ein bedingungsloses Grundeinkommen ein?</p>
<p>GRÜNE: Die Grünen treten für eine bedarfsorientierte Mindestsicherung ein, die drei der vier genannten Kriterien entspricht.</p> <p>Nachfrage RTG: Also „Nein“?</p> <p>GRÜNE: Hinsichtlich der Frage eins passt Ihre Interpretation jedenfalls.</p>
Europäische BürgerInnen-Initiativen
<p>Frage 2: Befürwortet Ihre Partei Europäische BürgerInnen-Initiativen (EBIs)?</p>
<p>GRÜNE: Ja.</p>

Frage 3: Wenn ja, wie unterstützt Ihre Partei EBIs unabhängig vom Thema?

GRÜNE:

Es ist das Wesen von Bürgerinitiativen, dass sie von BürgerInnen ausgehen und diese regelmäßig nicht von Parteien vereinnahmt werden wollen. Die Grünen treten jedoch für verpflichtende Veröffentlichung eines Abstimmungsbuches nach dem Muster der Schweiz für alle direktdemokratischen Instrumente ein.

Europa bedingungslos sozial

Frage 4: Ist Ihre Partei der Meinung, dass das bedingungslose Grundeinkommen auf europäischer Ebene genauer untersucht werden und in diesem Sinn die EU-Kommission tätig werden soll?

GRÜNE:

Es gibt keinen Grund, gegen wissenschaftliche Untersuchungen zu sein.

Nachfrage RTG:

Also „Ja“?

GRÜNE:

Hinsichtlich der Frage vier passt Ihre Interpretation jedenfalls.

Frage 5: Empfiehlt Ihre Partei ihren WählerInnen, die EBI BGE mit einer Unterschrift zu unterstützen?

GRÜNE:

Die Grünen haben als Organisation das Grüne Modell der lebenslagen- und bedarfsbezogenen Grundsicherung vorgelegt und vertreten dessen Umsetzung. Selbstverständlich steht es allen WählerInnen, Mitgliedern und FunktionärInnen frei, die EBI BGE zu unterstützen.

Nachfrage RTG:

Also „Nein“?

GRÜNE:

Hinsichtlich Frage fünf sehen wir das anders bzw. empfinden wir die Frage als irreführend: Wir haben auch bei der Volksbefragung hinsichtlich der Wehrpflicht oder den zwei Wiener Volksbefragungen keine Empfehlungen für das Wahlverhalten abgegeben, obwohl wir selbstverständlich eine Position hatten. Genaugenommen empfinden wir die Interpretation „nein“, obwohl formal richtig, als irreführend, als dies eigentlich nur als Ablehnung der Initiative interpretiert werden kann. Es steht Ihnen aber selbstverständlich frei, unsere Antwort so zu interpretieren, aber es entspricht nicht unserem Selbstverständnis.

[Zurück zur Überblickstabelle](#)

NEOS – Das neue Österreich

[Zurück zur Überblickstabelle](#)

Grundeinkommen ist wählbar

Frage 1: Tritt Ihre Partei für ein bedingungsloses Grundeinkommen ein?

NEOS:

Nein.

NEOS – Das neue Österreich und Liberales Forum tritt für eine Grundsicherung mittels negativer Einkommensteuer ein. Somit ist eine Bedingung des Erhalts ein entsprechend niedriges Einkommen. Dieses muss jedoch so bemessen sein, dass es tatsächlich vor Armut schützt, ähnlich ihrer Definition.

Neben dieser Zahlung bliebe eine Absicherung der Individuen im Bereich der Bildung, Gesundheit und außergewöhnlichen Belastungen erhalten. Transfers wie Arbeitslosenunterstützung, Notstandshilfe usw. würden dadurch ersetzt.

Europäische BürgerInnen-Initiativen

Frage 2: Befürwortet Ihre Partei Europäische BürgerInnen-Initiativen (EBIs)?

NEOS:

Ja.

NEOS – Das neue Österreich und Liberales Forum spricht sich für eine größtmögliche Partizipation der Bürger_innen, vor allem auch im europäischen Kontext, aus. Bürger_innen-Initiativen sind ein passendes Instrument dafür, jedoch muss ein weitgehender Prozess der demokratischen Erneuerung innerhalb der EU vonstattengehen, um die europäische Politik mit und nicht an den Menschen vorbei zu gestalten.

Frage 3: Wenn ja, wie unterstützt Ihre Partei EBIs unabhängig vom Thema?

NEOS:

NEOS – Das neue Österreich und Liberales Forum unterstützen grundsätzlich EBI's, soweit wir mit deren Inhalt übereinstimmen. Im Detail unterstützen wir durch das Entsenden von Expert_innen, der Bewerbung über unsere Kommunikationskanäle, sowie in der Information gegenüber unseren Mitgliedern.

Zudem kooperieren wir auch mit EBI's, welche wir nicht aktiv unterstützen, zum Beispiel wurde das „EBI BGE“ bereits im Juli 2013 von Michael Pock (NEOS Kandidat) dazu eingeladen, einen Diskussionsprozess mit unserer internen „Grundeinkommen“ Arbeitsgruppe aufzubauen.“

Europa bedingungslos sozial

Frage 4: Ist Ihre Partei der Meinung, dass das bedingungslose Grundeinkommen auf europäischer Ebene genauer untersucht werden und in diesem Sinn die EU-Kommission tätig werden soll?

NEOS:

NEOS – Das neue Österreich und Liberales Forum vertritt die Meinung, dass auch auf europäischer Ebene die Möglichkeiten eines europäischen Grundeinkommens untersucht werden soll.

Allerdings nimmt das „EBI BGE“ durch die Forderung nach Bedingungslosigkeit bereits eine bedeutende Einschränkung des Ergebnisses vorweg, wir wünschen uns eine Untersuchung die alle Resultate zulässt und können daher das „EBI BGE“ nicht unterstützen.

Hinzufügen möchten wir, dass die Möglichkeit der Finanzierung eines Grundeinkommens eine Voraussetzung für uns darstellt, da wir konsequent eine weitere Staatsverschuldung auf Kosten der nächsten Generationen ablehnen.

Frage 5: Empfiehlt Ihre Partei ihren WählerInnen, die EBI BGE mit einer Unterschrift zu unterstützen?

NEOS:

Aus bereits genannten Gründen können wir das „EBI BGE“ nicht unterstützen, wünschen uns jedoch weiterhin einen inhaltlichen Austausch mit den sehr engagierten Initiator_innen.

[Zurück zur Überblickstabelle](#)

Sozialistische LinksPartei (SLP)

[Zurück zur Überblickstabelle](#)

Grundeinkommen ist wählbar
<p>Frage 1: Tritt Ihre Partei für ein bedingungsloses Grundeinkommen ein?</p>
<p>SLP:</p> <p>Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Die SLP tritt daher für das Recht auf einen Vollzeit (oder wenn gewünscht auch Teilzeit-) Job, Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 Euro & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche ein. D.h. die Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen. Selbstverständlich unabhängig von Staatsbürgerschaft, da wir volle soziale und demokratische Rechte für alle, die hier leben, fordern. Eine Gefahr beim BGE ist, dass es als Freispruch für das bürgerliche Wirtschaftssystem verstanden werden könnte. Die Botschaft: man akzeptiert den Rahmen, wenn die schlimmste Armut von staatlicher Seite abgedeckt wird. Teile des Establishments sehen die Chance, ein BGE zu akzeptieren, um dann das B zu entsorgen. Erfahrungen mit der „Bedarfsorientierten Mindestsicherung“ zeigen: Es gibt oftmals mehr Schikanen, teilweise aber sogar weniger Geld als bei der Sozialhilfe.</p>
Europäische BürgerInnen-Initiativen
<p>Frage 2: Befürwortet Ihre Partei Europäische BürgerInnen-Initiativen (EBIs)?</p>
<p>SLP:</p> <p>Zur Umsetzung der Interessen der Mehrheit haben sich, unserer Meinung nach, Volksbefragungen nicht bewährt. Die bürgerliche Demokratie, wie wir sie in den europäischen Staaten und anderen Staaten der „Ersten Welt“ vorfinden ist ungeeignet dafür - weil es eine sehr eingeschränkte Form von Demokratie ist, die sich v.a. auch nur auf wenige Lebensbereiche (z.B. nicht auf das Arbeitsleben) beschränken. Die Entscheidungen werden real auf</p>

ganz anderer Ebene - in den Chefetagen gefällt. Daran wird sich im Rahmen des Kapitalismus auch nichts ändern. Es ist natürlich notwendig, auch beschränkte Formen der Demokratie zu nutzen, doch sind in der Geschichte Verbesserungen in der Regel nicht über Anträge, Volksabstimmungen & Co. erreicht worden, sondern durch die politischen Kämpfe und Bewegungen der ArbeiterInnenbewegung.

Frage 3: Wenn ja, wie unterstützt Ihre Partei EBIs unabhängig vom Thema?

-

Europa bedingungslos sozial

Frage 4: Ist Ihre Partei der Meinung, dass das bedingungslose Grundeinkommen auf europäischer Ebene genauer untersucht werden und in diesem Sinn die EU-Kommission tätig werden soll?

SLP:

Es mangelt nicht an Daten&Fakten zum Thema, sondern am politischen Willen der Herrschenden Verbesserungen für die Mehrheit der Menschen umzusetzen.

Die EU-Kommission ist Gremium der EU, deren Aufgabe es ist, die EU als Instrument der Banken und Konzerne zu erhalten und in diesem Sinne zu agieren - daran werden auch die besten inhaltlichen Argumente nichts ändern, sondern nur eine politische Bewegung auf der Straße und v.a. aus den Gewerkschaften. Für jegliche soziale Verbesserung sind massive soziale Bewegungen und Kämpfe nötig. Wenn es gelingt, diese mitzugestalten, dann wären tiefgreifendere Reformen und selbst darüber hinausgehende Umwälzungen erreichbar.

Frage 5: Empfiehlt Ihre Partei ihren WählerInnen, die EBI BGE mit einer Unterschrift zu unterstützen?

SLP:

Die Solidarität zwischen (derzeit) Beschäftigten sowie Erwerbsarbeitslosen kann durch den gemeinsamen Kampf für eine radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn und Personalausgleich gelingen. Die Einführung eines

deutlich über der Armutsgefährdungsschwelle liegenden Mindesteinkommens von 1.700.- sollte auch für alle gelten, die in die Arbeitslosigkeit schlittern. Wir empfehlen unseren WählerInnen in diesem Sinne in Gewerkschaften und sozialen Bewegungen aktiv zu werden und laden sie ein, mit uns gemeinsam dafür zu mobilisieren!

[Zurück zur Überblickstabelle](#)

Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)

[Zurück zur Überblickstabelle](#)

Grundeinkommen ist wählbar

Frage 1: Tritt Ihre Partei für ein bedingungsloses Grundeinkommen ein?

SPÖ:

Auf den ersten Blick sieht das Modell des bedingungslosen Grundeinkommens sehr vielversprechend aus - gegenleistungsfreies Mindesteinkommen, finanziert durch einen veränderten Besteuerungssatz. Allerdings gibt es zahlreiche Argumente, die gegen die Einführung eines solchen sprechen. Zum einen besteht die Gefahr, dass ein Grundeinkommen Arbeitslosigkeit festschreiben und das Ziel der Vollbeschäftigung in weite Ferne rücken würde. Zudem würde ein solches Grundeinkommen unabhängig von der Vermögenslage der EmpfängerInnen zu keiner treffsicheren Umverteilung führen, ein großer Teil der Sozialleistung würde dann auch den Reichen zukommen. Wertvolle Steuergelder würden also verschenkt werden.

Für uns SozialdemokratInnen steht daher fest, dass wir unser Hauptaugenmerk auf die Schaffung von Arbeitsplätzen richten und jene Menschen, die aufgrund der ökonomischen oder ihrer persönlichen Situation von der Erwerbsarbeit ausgeschlossen sind, durch zielgerichtete Maßnahmen unterstützen.

Ein wichtiger Schritt in diesem Zusammenhang war die Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung, die zahlreiche Verbesserungen für die Betroffenen gebracht hat. So werden die Beziehenden in die gesetzliche Krankenkasse miteinbezogen, die Kostenersatzpflicht fällt weg und Langzeitarbeitslose werden in umfassende Betreuungs- und Aktivierungsprogramme integriert. Informationen zu den Auswirkungen der Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung auf die Wiedereingliederung der

LeistungsbezieherInnen ins Erwerbsleben finden Sie in der gleichnamigen Studie, die vom Bundesministerium für Arbeit, Soziales und KonsumentInnenschutz in Auftrag gegeben wurde, unter: http://www.forschungsnetzwerk.at/downloadpub/evaluierung12_bms_bmask.pdf

Wer die Bedarfsorientierte Mindestsicherung bezieht hat Rechte und Pflichten - denn sie ist keine soziale Hängematte sondern ein aktivierendes System, welches Menschen dabei unterstützen soll, wieder auf eigenen Beinen zu stehen.

Um die Integration in den Arbeitsmarkt attraktiver zu gestalten, möchten wir als SPÖ die Steuern auf Arbeitseinkommen weiter reduzieren. Dies soll mittels Einführung einer Millionärssteuer, die aus Vermögens-, Erbschafts- und Schenkungssteuer bestehen soll, erreicht werden. Bei einem Freibetrag von einer Million Euro wird ungefähr ein Prozent der Menschen in Österreich betroffen sein und nur die Reichsten werden in diesem Zusammenhang einen Beitrag für den Wohlfahrtsstaat leisten müssen. Im Gegenzug soll im Rahmen einer Steuerreform für alle SteuerzahlerInnen unter anderem der Einstiegssteuersatz gesenkt werden.

Europäische BürgerInnen-Initiativen

Frage 2: Befürwortet Ihre Partei Europäische BürgerInnen-Initiativen (EBIs)?

SPÖ:

Die Einführung der Europäischen BürgerInneninitiative 2012 war ein wichtiger Schritt zu mehr BürgerInnennähe und Demokratie. Die Europäische Sozialdemokratie hat sich für die Aufnahme dieses Instruments in den Vertrag von Lissabon eingesetzt und in Österreich war es die SPÖ, welche die Umsetzung in nationales Recht vehement voran getrieben hat.

Frage 3: Wenn ja, wie unterstützt Ihre Partei EBIs unabhängig vom Thema?

SPÖ:

In der Vergangenheit hat die SPÖ bereits Europäische BürgerInneninitiativen, etwa zur Sicherung von Wasser als öffentlichem Gut, unterstützt. In der Zukunft möchten wir dieses Instrument direkter Demokratie noch weiter ausbauen und verbessern – momentan sind beispielsweise die Regeln zur Durchführung europaweit noch nicht einheitlich.

Europa bedingungslos sozial

Frage 4: Ist Ihre Partei der Meinung, dass das bedingungslose Grundeinkommen auf europäischer Ebene genauer untersucht werden und in diesem Sinn die EU-Kommission tätig werden soll?

SPÖ:

Bezüglich Ihrer Fragen zum Bedingungslosen Grundeinkommen dürfen wir auf unsere obrige Antwort verweisen.

Ein soziales Europa ist aber selbstverständlich auch uns ein großes Anliegen:

Österreich hat die geringste Arbeitslosigkeit aller EU-Staaten. Eine soziale Krise in Europa wirkt sich dennoch auch auf uns aus. Um es nicht so weit kommen zu lassen, wollen wir europaweit die sozialen Standards erhöhen und vor allem Jugendlichen einen Job und eine Perspektive geben. Dafür wollen wir die Einführung von europaweiten Mindeststandards und die Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping als europäische Aufgabe vorantreiben und befürworten die EU-weite Festlegung nationaler Mindestlöhne mit allgemeiner Gültigkeit unter Wahrung der Autonomie der Sozialpartner in den einzelnen EU-Ländern. Wir wollen mit der Jugendgarantie dafür sorgen, dass jeder Jugendliche binnen vier Monaten Beschäftigung oder eine Ausbildungsstelle erhält. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit muss in Europa genauso wichtig werden wie der Abbau der Staatsschulden.

Nachfrage RTG (21.08.2013):

In Bezug auf die Fragen 4 und 5 verweisen Sie auf Ihre erste ausführliche Antwort. Wir möchten aber betonen, dass es bei der laufenden EBI BGE noch nicht um die Frage geht, ob das bedingungslose Grundeinkommen eingeführt werden sollte oder nicht, sondern darum, ob die EU Kommission die Grundeinkommensidee genauer untersuchen lassen sollte oder nicht.

Bisher keine Rückmeldung der SPÖ.

Frage 5: Empfiehlt Ihre Partei ihren WählerInnen, die EBI BGE mit einer Unterschrift zu unterstützen?

[siehe [Frage 4](#)]

[Zurück zur Überblickstabelle](#)

Österreichische Volkspartei (ÖVP)

[Zurück zur Überblickstabelle](#)

Grundeinkommen ist wählbar

Frage 1: Tritt Ihre Partei für ein bedingungsloses Grundeinkommen ein?

ÖVP:

Wer Hilfe braucht, soll Hilfe bekommen. Der Grundkonsens einer menschlichen Gesellschaft besteht darin, niemanden zurückzulassen, der es aus eigener Kraft nicht schafft. Im Jahr 2010 haben wir die bedarfsorientierte Mindestsicherung in Österreich eingeführt. Sie garantiert, dass Menschen, die keine Arbeit finden, ohne Existenzängste leben können und trägt wesentlich zur Armutsbekämpfung in unserem Land bei. Hilfe ist für uns in erster Linie Hilfe zur Selbsthilfe. Die Mindestsicherung soll den Anreiz schaffen, wieder in Beschäftigung zu kommen. Sie ist somit keine Hängematte, sondern Instrument einer aktiven Beschäftigungspolitik. Ein Grundeinkommen hat im Vergleich dazu zwei entscheidende Nachteile: Es wäre viel teurer, weil es generell und ohne Prüfung gewährt würde, und der Anreiz zur Arbeit fehlt, insbesondere wenn es im Fall des Zuverdienstes wegfällt. Bleibt es hingegen auch bei Erwerbstätigkeit erhalten, wird es endgültig unfinanzierbar. Aus dem Grund sieht auch, soweit ersichtlich, kein Land auf der Welt ein Grundeinkommen vor, was angesichts der internationalen Budgetlage so bleiben dürfte. Österreich hätte auch nicht die benötigten finanziellen Mittel. Der Vertreter der Piraten-Partei Christopher Clay hat in der ZIB 2 am 8. August 2013 gesagt, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen 81 Mrd. Euro kosten würde. Das gesamte Budget des Bundes beträgt demgegenüber 75 Mrd. Euro.

Aus den oben genannten Gründen lehnt die ÖVP ein bedingungsloses Grundeinkommen ab.

Europäische BürgerInnen-Initiativen

Frage 2: Befürwortet Ihre Partei Europäische BürgerInnen-Initiativen (EBIs)?

ÖVP:

Ja, die direkte Einbeziehung der Bürger in die Entscheidungsprozesse, etwa durch die neue Europäische Bürgerinitiative, ist wichtig. Alle Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union sind eingeladen, diese neue europaweite Möglichkeit der demokratischen Mitsprache zu nutzen, um Europa noch direkter und konkreter mitzugestalten.

Die EBI ist ein wichtiges Instrument für die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Wir treten dafür ein, dass die Europäische Bürgerinitiative langfristig zu einer echten Gesetzesinitiative ausgebaut wird.

Frage 3: Wenn ja, wie unterstützt Ihre Partei EBIs unabhängig vom Thema?

ÖVP:

Die europäische Bürgerinitiative wurden für die Bürger geschaffen, um am politischen Prozess der Europäischen Union teil zu haben. Sie ist in den Händen von Bürgern, nicht von Parteien. Eine Einflussnahme von Parteien wäre bedenklich, weil die Gefahr besteht, dass sie die europäischen Bürgerinitiativen für ihre Zwecke vereinnahmen.

Europa bedingungslos sozial

Frage 4: Ist Ihre Partei der Meinung, dass das bedingungslose Grundeinkommen auf europäischer Ebene genauer untersucht werden und in diesem Sinn die EU-Kommission tätig werden soll?

ÖVP:

Wenn die EBI BGE die benötigten Unterschriften sammelt, wird die Europäische Kommission die Bürgerinitiative so

wie jede andere auch genau prüfen.

Nachfrage RTG:

Da Sie Ihre Antworten auf Frage 4 und 5 nicht begründen, möchten wir betonen, dass es bei diesen Fragen und bei der laufenden EBI BGE noch nicht um die Frage geht, ob das bedingungslose Grundeinkommen eingeführt werden sollte oder nicht, sondern darum, ob die EU Kommission die Grundeinkommensidee genauer untersuchen lassen sollte oder nicht.

ÖVP:

Danke für Ihr neuerliches Nachfragen und dass Sie uns Gelegenheit geben, nachzubessern. Wir möchten allerdings keine weiteren Veränderungen vornehmen.

Frage 5: Empfiehlt Ihre Partei ihren WählerInnen, die EBI BGE mit einer Unterschrift zu unterstützen?

ÖVP:

Nein.

[Zurück zur Überblickstabelle](#)

Team Stronach für Österreich (FRANK)

[Zurück zur Überblickstabelle](#)

Grundeinkommen ist wählbar

Frage 1: Tritt Ihre Partei für ein bedingungsloses Grundeinkommen ein?

FRANK:

Für uns vom Team Stronach ist die Würde jedes Menschen unabhängig von seinem sozialen Status zu bewahren. Wir bekennen uns zu einer Grundversorgung für alle Bürger. Wir wollen, dass die Sozialleistungen dort ankommen, wo sie tatsächlich gebraucht werden. Deshalb muss die Treffsicherheit im System gewährleistet sein. Wir brauchen Transparenz im System, um zu erkennen, wo reeller Bedarf besteht, wo finanzielle Hilfe notwendig ist.

Jeder Bürger ist dahingehend zu motivieren, entsprechend seiner Möglichkeiten einen Beitrag zum Wohl der Gemeinschaft zu leisten. Transfer- und Sozialleistungen dürfen nicht dazu führen, mögliche Beschäftigungen nicht anzunehmen, weil sich dadurch die finanzielle Situation nicht wesentlich verändert.

Europäische BürgerInnen-Initiativen

Frage 2: Befürwortet Ihre Partei Europäische BürgerInnen-Initiativen (EBIs)?

FRANK:

Ja, das Team Stronach befürwortet die Europäischen Bürgerinitiativen, denn eine echte Erneuerung der Politischen Systeme unter Miteinbeziehung der Bürger ist der einzige Weg, um das verlorengegangene Vertrauen in die Politik zurückzugewinnen. Seinem Land und seinen Bürgern zu dienen, muss die oberste Prämisse eines Politikers sein.

Für die Zukunft möchten wir, dass alle Gesetzgebungsprozesse völlig transparent ablaufen. Vom Entwurf eines Gesetzes bis zu dem Tag, an dem es beschlossen wird und auch darüber hinaus. Alles muss klar, einfach und vor

allem nachvollziehbar sein. Wer nichts zu verbergen hat, kann auch alles offenlegen: den Nutzen, die wahren Kosten und den Zweck jedes einzelnen Gesetzes. Hier hat Europa mehr als Nachholbedarf, der Abbau der europäischen Bürokratie ist die Voraussetzung für alles Weitere.

Frage 3: Wenn ja, wie unterstützt Ihre Partei EBIs unabhängig vom Thema?

-

Europa bedingungslos sozial

Frage 4: Ist Ihre Partei der Meinung, dass das bedingungslose Grundeinkommen auf europäischer Ebene genauer untersucht werden und in diesem Sinn die EU-Kommission tätig werden soll?

FRANK:

Die soziale Harmonie ist die Grundlage für eine zivilisierte Gesellschaft. Jeder, der in seinem Leben schon einmal Hunger leiden musste, weiß, wie tiefe Spuren das in der Erinnerung eines Menschen hinterlässt. Armut verursacht materielles und seelisches Leid. Niemand soll das erdulden müssen. Was eine Gesellschaft wert ist, zeigt sich daran, wie sie mit den Schwächsten umgeht. In Österreich und in Europa wird zu viel Energie darauf gerichtet, die Armut und Arbeitslosigkeit zu verwalten und zu beschönigen, statt sie zu bekämpfen. Damit werden die Menschen in einem hilflosen Zustand gehalten. Richtig wäre es stattdessen, alles dafür zu tun, dass sich diese Menschen wieder aus eigener Kraft etwas aufbauen können.

Für jeden Menschen steht das eigene Schicksal an erster Stelle. Nur wer genug zu essen, eine Wohnung und eine Zukunftsperspektive hat, verfügt auch über die nötige Freiheit, sich im Dienste der Gesellschaft einzubringen – hier haben Österreich und insbesondere Europa anzusetzen.

Nachfrage RTG (22.08.2013):

In Ihrer Antwort auf die erste Frage haben Sie bereits die momentanen Vorbehalte des Team Stronachs gegen das BGE eingebracht. Wir möchten aber betonen, dass es bei der laufenden EBI BGE noch nicht um die Frage geht, ob

das BGE sofort eingeführt werden sollte oder nicht, sondern nur darum, ob die EU Kommission die Grundeinkommensidee und deren konkrete Umsetzung in Europa genauer untersuchen lassen sollte oder nicht.

Bisher keine Rückmeldung vom Team Stronach.

Frage 5: Empfiehlt Ihre Partei ihren WählerInnen, die EBI BGE mit einer Unterschrift zu unterstützen?

[siehe [Frage 4](#)]

[Zurück zur Überblickstabelle](#)

Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ)

[Zurück zur Überblickstabelle](#)

Grundeinkommen ist wählbar

Frage 1: Tritt Ihre Partei für ein bedingungsloses Grundeinkommen ein?

BZÖ:

Grundsätzlich haben die Bürger ein Grundrecht auf soziale Sicherheit und ein umfassendes Netz staatlicher sozialer Leistungen, deren bestmögliche Qualität, Funktionalität und Finanzierungssicherheit der Staat zu gewährleisten hat. In einer auf dem gesamtgesellschaftlichen Solidaritätsbekenntnis basierenden sozialen Bürgergesellschaft gilt das Prinzip der Hilfe für jene, die tatsächlich Hilfe benötigen, und nicht für alle, die sie wollen.

Das BZÖ steht für das Modell eines leistungsorientierten Bürgergeldes als Basis unserer Gedanken von Leistung und Gegenleistung statt der sogenannten „bedarfsorientierten Mindestsicherung“, um die Bürgerinnen und Bürger aus dieser Abhängigkeitsfalle zu befreien, sie nicht zu Bittstellern und Almosenempfängern zu degradieren und Sozialmissbrauch und Sozialbetrug zu verhindern.

Statt des bestehenden Wildwuchses an unterschiedlichen Sozialversicherungsträgern und Kassen soll es nur noch einen Leistungsträger und einheitliche Leistungen für alle Österreicherinnen und Österreicher geben. Im Rahmen des Bürgergeldes fordern wir die Einrichtung eines Transferkontos, um Transparenz und Effizienz des Sozialsystems zu optimieren. Dabei steht das BZÖ gegen harte Betragsgrenzen für Unterstützungsleistungen, sondern tritt für Einschleifsysteme ein.

Wir bekennen uns zu einem umfassenden Sozialsystem, das maximal bedürfnisorientiert und gleichzeitig leistungsfördernd ist. Dieses System entspricht unserem Bekenntnis, dass Armut in Österreich keinen Platz haben darf! Unser soziales Netz muss Armutsgefährdung verhindern und Armut bekämpfen, doch es darf und kann keine Hängematte sein.

Abschließend kann daher gesagt werden:

BZÖ fordert leistungsorientiertes Bürgergeld statt arbeitsloses Grundeinkommen.

Die von SPÖ und ÖVP beschlossene Bedarfsorientierte Mindestsicherung stellt dabei nur auf Arbeitsfähigkeit ab.

Europäische BürgerInnen-Initiativen

Frage 2: Befürwortet Ihre Partei Europäische BürgerInnen-Initiativen (EBIs)?

BZÖ:

Grundsätzlich befürwortet das BZÖ Maßnahmen, die geeignet sind, die Instrumente der direkten Demokratie stärken. Jedoch sind aus unserer Sicht die Hürden der Europäischen Bürgerinitiative mit 1 Million erforderlichen Unterstützungen viel zu hoch und die damit erreichbaren Ziele minimal im Verhältnis zu dem mit der Organisation einer solchen Bürgerinitiative verbundenen Aufwand.

Frage 3: Wenn ja, wie unterstützt Ihre Partei EBIs unabhängig vom Thema?

BZÖ:

Das BZÖ hat sich dafür ausgesprochen, die technischen Hürden wie Ausweise, EDV-Erfordernisse etc. für EBIs nach dem Beispiel anderer Länder deutlich zu senken, insbesondere aber die EDV- und Software von staatlicher Seite zur Verfügung zu stellen.

Europa bedingungslos sozial

Frage 4: Ist Ihre Partei der Meinung, dass das bedingungslose Grundeinkommen auf europäischer Ebene genauer untersucht werden und in diesem Sinn die EU-Kommission tätig werden soll?

BZÖ:

Zu Frage 4 und 5 darf auf die Beantwortung der Frage 1 verwiesen werden.

Nachfrage RTG (30.08.2013): In Bezug auf die Fragen 4 und 5 verweisen Sie auf Ihre erste ausführliche Antwort. Wir möchten aber betonen, dass es bei der laufenden EBI BGE noch nicht um die Frage geht, ob das bedingungslose Grundeinkommen eingeführt werden sollte oder nicht, sondern darum, ob die EU Kommission die Grundeinkommensidee genauer untersuchen lassen sollte oder nicht.

BZÖ (05.09.2013):

Ich bitte bezüglich der ergänzenden Antworten noch um ein wenig Geduld.

Frage 5: Empfiehlt Ihre Partei ihren WählerInnen, die EBI BGE mit einer Unterschrift zu unterstützen?

[siehe [Frage 4](#)]

[Zurück zur Überblickstabelle](#)

Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)

[Zurück zur Überblickstabelle](#)

Grundeinkommen ist wählbar

Frage 1: Tritt Ihre Partei für ein bedingungsloses Grundeinkommen ein?

FPÖ:

Eine bedingungsloses Grundeinkommen für alle in Österreich lebenden Personen, die unabhängig von der Leistungsbereitschaft des Einzelnen finanzielle Mittel zusichert, wird von uns nicht unterstützt. Dies stellt eine grob ungerechte Form von Umverteilung dar, die aufgrund des Lenkungseffektes eine gedeihliche Entwicklung gefährdet und zudem Zuwanderung von Personen provoziert, die nicht an den reichen Chancen dieses Landes für ehrliche und leistungsbereite Persönlichkeiten interessiert sind, sondern vor allem an Sozialleistungen, die über Generationen erwirtschaftet wurden.

Europäische BürgerInnen-Initiativen

Frage 2: Befürwortet Ihre Partei Europäische BürgerInnen-Initiativen (EBIs)?

FPÖ:

Europäische Bürgerinitiativen sind sicherlich ein wichtiges Instrument, angesichts des erheblichen Ungleichgewichts der Machtverteilung innerhalb der EU zugunsten der Kommission aber weitestgehend zahnlos. Wir setzen uns daher für die Umsetzung eines modernen Modells der Direkten Demokratie nach dem Vorbild der Schweiz in Österreich ein.

Frage 3: Wenn ja, wie unterstützt Ihre Partei EBIs unabhängig vom Thema?

FPÖ:

Wir unterstützen jede Form der direkten Beteiligung von Bürgern an der Gestaltung unserer Gesellschaft und an politischen Inhalten nach unseren demokratischen, rechtsstaatlichen und freiheitlichen Grundprinzipien.

Europa bedingungslos sozial

Frage 4: Ist Ihre Partei der Meinung, dass das bedingungslose Grundeinkommen auf europäischer Ebene genauer untersucht werden und in diesem Sinn die EU-Kommission tätig werden soll?

FPÖ:

Hier müssen wir ganz offen mit Nein antworten. Wenn ein Mitgliedsstaat für sich die Entscheidung trifft, ein bedingungsloses Grundeinkommen einführen zu müssen, dann ist das vollkommen in Ordnung. Hier soll und darf es jedoch keine Bevormundung durch Strukturen der EU geben, schon gar nicht durch die Kommission.

Nachfrage RTG:

Da Sie in Ihren Antworten auf Fragen 4 und 5 von "Bevormundung durch Strukturen der EU" schreiben, möchten wir betonen, dass es bei diesen Fragen und bei der laufenden EBI BGE noch nicht um die Frage geht, ob das bedingungslose Grundeinkommen eingeführt werden sollte oder nicht, sondern darum, ob die EU-Kommission die Grundeinkommensidee und die mögliche Umsetzung genauer untersuchen lassen sollte oder nicht.

FPÖ:

Wir lehnen die wissenschaftlichen Untersuchungen nicht ab, sind jedoch der Meinung, dass die Initiative keine Angelegenheit der EU sein kann und daher die Mitgliedsstaaten selbst bei Interesse aktiv werden sollen - und zwar auch hinsichtlich vorbereitender Studien.

Frage 5: Empfiehlt Ihre Partei ihren WählerInnen, die EBI BGE mit einer Unterschrift zu unterstützen?

FPÖ:

Nein, das können wir unseren Wählern leider nicht empfehlen.

[siehe auch [Frage 4](#)]

[Zurück zur Überblickstabelle](#)

Männerpartei (M)

[Zurück zur Überblickstabelle](#)

Grundeinkommen ist wählbar

Frage 1: Tritt Ihre Partei für ein bedingungsloses Grundeinkommen ein?

M:

Die Mindestsicherung, früher Sozialhilfe, stellt ein solches bedingungsloses Grundeinkommen dar, ebenso wie die Mindestrente. Es spricht nichts dagegen, diese Mindestbeträge als "bedingungsloses Grundeinkommen" umzustrukturieren.

Wichtig bei der Bemessung ist, dass berufstätiges Einkommen nicht abgewertet wird. Wer arbeitet, muss also einen Mehrwert gegenüber der Mindestsicherung erhalten können. Sonst würde niemand mehr arbeiten.

Je höher wir daher die Mindestsicherung bemessen, umso höher sind die Mindesteinkommen Berufstätiger anzuheben. Je höher wir diese anheben, desto teuer werden alle Dienstleistungen, weil wir jedem Handwerker etc. mehr zahlen müssten. Dies hätte zur Folge, dass höhere Grundeinkommen schell nicht mehr ausreichen, weil wir uns trotzdem nichts mehr leisten können.

Die Männerpartei tritt daher, im Sinne eines guten Sozialstaates, gegen Populismus auf, der dem Menschen zwar Geld verspricht, aber gleichzeitig die Folgen enormer Teuerung verschweigt.

Europäische BürgerInnen-Initiativen

Frage 2: Befürwortet Ihre Partei Europäische BürgerInnen-Initiativen (EBIs)?

M:

Vorab: Wir beziehen Männer in die Sprache ein, BürgerInnen als falsche Schreibform ist für eine Sprache, welche

alle gleich meint, verfehlt.

Bürgerinitiativen begrüßen wir in jeder Form, natürlich auch auf Europa-Ebene.

Frage 3: Wenn ja, wie unterstützt Ihre Partei EBIs unabhängig vom Thema?

M:

Wir unterstützen Bürgerinitiativen, wenn sie unseren Idealen entsprechen. Die vorgeschlagenen Initiativen sollten auf die Folgekosten präzisiert sein. Wir wollen die Menschen davor schützen, unsoziale Politik durch kurzfristige Inflationstreiberei erleben zu müssen wie in Griechenland.

Europa bedingungslos sozial

Frage 4: Ist Ihre Partei der Meinung, dass das bedingungslose Grundeinkommen auf europäischer Ebene genauer untersucht werden und in diesem Sinn die EU-Kommission tätig werden soll?

M:

Zuerst ist die EU demokratisch zu strukturieren. Ansonsten befürchten wir, dass ein Untersuchungsergebnis hinter verschlossenen Türen blockiert wird.

Nachfrage des RTG: In Bezug auf die Fragen 4 und 5 wollen wir nachfragen, warum die Männerpartei ablehnt, dass die EU-Kommission weitere Untersuchungen zum BGE veranlassen sollte, wo Sie doch Inflationsbefürchtungen hegen.

Antwort der Männerpartei: Ich traue dieser bürokratisch / undemokratischen Struktur in Brüssel einfach nicht zu, wertfrei zu untersuchen. Das Scheitern der Kommission bei einfachsten Fragen, einfach nur an den widerstrebenden Interessen von Lobbies, einzelnen Regierungen und Verbündeten, ist auf Erfahrung naheliegend.

Ich würde ein Thema, das mir ein besonderes Anliegen ist, nicht der Kommission, sondern einer gut

zusammengesetzten, international anerkannten Expertengruppe aus Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern anvertrauen.

Ich sehe bis jetzt keine Begründung, warum ausgerechnet die Kommission so eine Untersuchung durchführen soll.

Frage 5: Empfiehlt Ihre Partei ihren WählerInnen, die EBI BGE mit einer Unterschrift zu unterstützen?

M:

Siehe 3: Wir wollen die Bürgerinitiative präzisiert haben, um die Bürger vor einem Bumerang zu schützen. Die Initiative verdient erst Unterstützung, wenn die Träger nachhaltige Reformen zum Wohle aller aufzeigen können.

[Zurück zur Überblickstabelle](#)

Christliche Partei Österreichs (CPOE)

[Zurück zur Überblickstabelle](#)

Grundeinkommen ist wählbar

Frage 1: Tritt Ihre Partei für ein bedingungsloses Grundeinkommen ein?

CPOE:

Meines Erachtens ist universell und individuell ein Widerspruch und was verstehen Sie unter einem kompensatorischen bzw. emanzipatorischen Wohlfahrtsstaat?

Nachfrage RTG (21.08.2013):

Gerne senden wir Ihnen als Reaktion auf die von Ihnen aufgeworfenen Fragen folgende nähere Erläuterung des bedingungslosen Grundeinkommens.

Universell: Prinzipiell ist jeder berechtigt, diese finanzielle Zuweisung unabhängig von Alter, Abstammung, Wohnort, Beruf usw. zu erhalten.

Individuell: Jede Frau, jeder Mann, jedes Kind hat auf individueller Basis das Recht auf ein Bedingungsloses Grundeinkommen; es darf definitiv nicht an einer „Bedarfsgemeinschaft“ (Ehe, Lebenspartnerschaft, Haushalt) noch auch am Einkommen und Vermögen einzelner Haushalts- oder Familienmitglieder festgemacht werden. Nur so können der Schutz der Privatsphäre und das Selbstbestimmungsrecht für alle effektiv garantiert werden.

Bedingungslos: Das Bedingungslose Grundeinkommen ist in diesem Sinne ein an keinerlei Vorbedingungen geknüpftes Menschenrecht, also z.B. auch nicht an die Verpflichtung, einen bezahlten Job anzunehmen, gemeinnützige Arbeit zu leisten oder sich bestimmten traditionellen Geschlechterrollen unterzuordnen. Es ist unabhängig von Einkommen, Vermögen und Besitz zu gewähren.

Genug: Der Betrag sollte ausreichen, ein Leben zu ermöglichen, das den sozialen und kulturellen Standards des jeweiligen Landes entspricht. Das BGE sollte somit materielle Armut verhindern und den Menschen erlauben, sich

in der Gesellschaft einzubringen. Dies bedeutet, dass der Nettobetrag mindestens dem der Europäischen Armutsgrenze entsprechen sollte. Das entspricht 60% vom nationalen Durchschnitts des sog. Netto-Äquivalenzeinkommens. Besonders in Ländern, in denen die Mehrheit der Bevölkerung nur über ein sehr geringes durchschnittliches Einkommen verfügt, sollte ggf. ein alternativer Maßstab als Bemessungsgrundlage angelegt werden; nur so kann für alle ein Leben in Würde, materieller Sicherheit und mit umfassender Beteiligung am gesellschaftlichen Leben garantiert werden.

Außerdem fragen Sie nach der Bedeutung der Begriffe "kompensatorisch" und "emanzipatorisch" im Zusammenhang mit dem Sozialstaat:

Kompensatorischer Sozialstaat: Der "kompensatorische" Sozialstaat beschränkt sich darauf, unter genau festgelegten Bedingungen für eine Minderheit bestimmte materielle Defizite auszugleichen.

Emanzipatorischer Sozialstaat: Der "emanzipatorische" Sozialstaat hingegen gewährt bedingungslos eine Zuwendung, die möglichst viele Menschen in die Lage versetzt, sich aktiv und selbstbestimmt gleichermaßen für ihr eigenes Leben wie für das Gemeinwohl einzusetzen.

Bisher keine Antwort der CPÖ.

Europäische BürgerInnen-Initiativen

Frage 2: Befürwortet Ihre Partei Europäische BürgerInnen-Initiativen (EBIs)?

CPÖ:

Ich verwende keine gegenderte Sprache, sondern die ganz normale deutsche Sprache und Grammatik.

Die CPÖ unterstützt seit Monaten die Initiative ONE of US und tritt generell für mehr Mitbestimmung der Bürger ein.

Frage 3: Wenn ja, wie unterstützt Ihre Partei EBIs unabhängig vom Thema?

-

Europa bedingungslos sozial

Frage 4: Ist Ihre Partei der Meinung, dass das bedingungslose Grundeinkommen auf europäischer Ebene genauer untersucht werden und in diesem Sinn die EU-Kommission tätig werden soll?

CPÖ:

Sie verwenden wiederholt Begriffe, deren Bedeutung im Zusammenhang mit einem Grundeinkommen nicht nachvollziehbar sind.

Für mich bedeutet sozial, das Wohl der Gemeinschaft und das Wohl des Nächsten im Auge zu haben, aber nicht "sozialistisch" (mehr Staat und weniger Freiheit für den Einzelnen durch die Bevormundung des Staates).

Nachfrage RTG (21.08.2013):

Zu Ihren Befürchtungen bezüglich "mehr Staat": Aus den oben stehenden Erklärungen sollte ersichtlich werden, dass das BGE zwar "mehr Staat" im Sinne von mehr Umverteilung bedeutet, aber nicht "mehr Staat" im Sinne von mehr Bevormundung durch den Staat. Im Gegenteil: durch das BGE entfallen staatliche Bedingungen. Das bedeutet mehr Freiheit für den Einzelnen. Wir hoffen, dass durch diese Informationen Unklarheiten und scheinbare Widersprüche verschwunden sind, und bitten Sie um die Beantwortung der Fragen 1, 4 und 5.

Bisher keine Antwort der CPÖ.

Frage 5: Empfiehlt Ihre Partei ihren WählerInnen, die EBI BGE mit einer Unterschrift zu unterstützen?

[siehe [Frage 4](#)]

[Zurück zur Überblickstabelle](#)